

Milchviehhalter-Wahlprüfsteine zur Hessischen Landtagswahl 2018

Fragen:

- 1. Wie steht Ihre Partei nach den Erfahrungen aus den vergangenen Milchmarktkrisen den Forderungen der Milchviehhalter nach einer Erweiterung des Sicherheitsnetzes für den EU-Milchmarkt um zeitlich befristete Mengengrenzungsmaßnahmen im Falle schwerer Marktverwerfungen gegenüber?**

Eines der Grundprobleme war, dass die Landesregierung die Milchmarktkrise lange nicht als eine solche gesehen hat. Erst unter Druck gestand sie diese ein. Wir fordern seit Langem Kriseninstrumente, welche Angebot und Nachfrage im Falle einer schweren Krise wieder ins Gleichgewicht bringen. Für uns ist die krisenbezogene Mengengrenzung – im Falle einer schweren Krise auch ohne finanziellen Ausgleich – deutlich angeraten. Die Wirksamkeit einer Mengenreduktion hat sich in der vergangenen Krise gezeigt. Ein schnellerer Beschluss dieser Programme hätte die Krise deutlich verkürzen können.

- 2. Sieht Ihre Partei die Verantwortung für die entsprechende Anpassung der Angebotsmenge an die Nachfrage in Marktkrisenphasen alleine in der Branche?**

Der Lebensmitteleinzelhandel sowie die Molkereien tragen einen erheblichen Anteil der Verantwortung für das Marktgeschehen. Die Branchenlösung alleine kann allerdings nicht funktionieren, es werden Rahmenbedingungen durch den Gesetzgeber benötigt. Die Marktbeobachtung auf europäischer Ebene muss gestärkt und das Frühwarnsystem EU-weit organisiert werden.

- 3. Wie stehen Sie zur Gründung von Branchenverbänden/-organisationen? Wie ist aus Ihrer Sicht die „Branche“ zu definieren und welche Befugnisse müsste eine entsprechende Branchenorganisation Milch zugesprochen bekommen?**

Aus Sicht der SPD Hessen haben die Branchenorganisationen bisher die an sie gesetzten Ansprüche nicht erfüllt, um auf Marktkrisen entsprechend zu reagieren. Daher sollten Branchenverbände mit der Befugnis von allgemeinverbindlichen Vorgaben ausgestattet sein, um im Krisenfall mit staatlicher Koordination eine effektive Mengenreduktion zu organisieren.

- 4. Wie sieht Ihre Partei die Haltung des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft, in Milchmarktkrisenphasen den bisher vorhandenen Instrumenten des EU-Sicherheitsnetzes sowie einer Modernisierung der Lieferbeziehungen zu vertrauen?**

Für uns ist klar, dass es dringenden Handlungsbedarf hinsichtlich der Vorgabe verbindlicher Verträge zwischen (v.a. genossenschaftlichen) Molkereien und Milchviehhaltern geben muss. Insbesondere die Mengen, der Preis und die Vertragsdauer müssen klar definiert werden.

Zudem darf es sich nicht wiederholen, dass die Bundesregierung eine Marktkrise als Vorwand nutzt, um dem gesamten land- und forstwirtschaftlichen Sektor weitere Steuernachlässe zu ermöglichen (Gewinn- bzw. Tarifglättung). Davon profitieren nur die großen, wirtschaftlich erfolgreichen Betriebe.

5. Sehen Sie bei der Verbesserung der Marktstellung der Milchviehhalter politischen Handlungsbedarf in Form einer verpflichtenden Vorgabe von Vereinbarungen über Preis, Menge, Dauer und Qualität der gesamten Liefermengen oder ist das eine Aufgabe ausschließlich der Marktpartner?

Ja, eine brancheninterne Lösung wird definitiv nicht funktionieren. Daher muss das Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) auf Bundesebene geändert werden, um die Milchviehhalter innerhalb der Wertschöpfungskette zu stärken.

II. Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP 2020)

1. Sieht Ihre Partei die Notwendigkeit, sich bei der Weiterentwicklung der GAP 2020 neben der langfristigen Sicherung der Agrargelder vor allem auch mit deutlichen Veränderungen in der Gemeinsamen Marktordnung (GMO) zu befassen?

Die Veränderung der GMO ist vordringlich zu behandeln, um die Position der Landwirte zu stärken. Seit Jahren bedauern wir, dass die Landwirte in der Wertschöpfungskette zu schlecht gestellt sind. Auch Genossenschaften müssten gesetzlich gezwungen werden, mit den Milcherzeugern Verträge abzuschließen. Dies wäre ein Schritt zu kostendeckenden Erzeugerpreisen; eine Komponente, die in der GAP mehr im Vordergrund stehen müsste.

2. Wie bewertet Ihre Partei den vorliegenden Vorschlag der Kommission zur Weiterentwicklung der GAP 2020?

Die aktuell gültige GAP hat in vielen Bereichen für nachteilige Folgen gesorgt: Beispielsweise sind kostendeckende Erzeugerpreise durch die zweifelhafte Ausrichtung der GAP nicht realisiert worden (weil dies auch gar nicht vordringliches Ziel der GAP war. Ebenso hat das Beispiel des Greening gezeigt, dass auch überbürokratische Neuregelungen durch die aktuelle GAP nicht verhindert wurden. Hier sehen wir Verbesserungsbedarf.

Der vorliegende Vorschlag besitzt einige lobenswerte Punkte: Beispielsweise ist die Kappung der Direktzahlungen zu befürworten, allerdings öffnet die Möglichkeit einer Renationalisierung auch die Gefahr eines europäischen Flickenteppichs.

3. Gibt es in Ihrer Partei Überlegungen, wie die GAP 2020 sozial gerechter gestaltet werden kann und die besonderen Leistungen der Tierhalter für die Vitalität der ländlichen Räume mehr Anerkennung erhalten?

Die Tierhaltung wird aktuell in der GAP nicht adäquat behandelt und die Funktion und Leistung der Tierhaltung nicht richtig abgebildet. Wir fordern daher eine stärkere Berücksichtigung der tierhaltenden, kleinen und mittelständischen Betriebe. Gerade für Hessen ist allerdings auch die Förderung der benachteiligten Gebiete und die Förderung des Grünlandes von entscheidender Bedeutung.

4. Ist Ihre Partei der Ansicht, dass die wirtschaftlichen Probleme der Landwirtschaft mit einer anderen Verteilung der Agrargelder/Direktzahlungen gelöst werden können?

Nein. Das Ziel der Landwirtschaftspolitik muss eine Vermarktung der produzierten Produkte zu auskömmlichen Preisen sein. Direktzahlungen als Teil des öffentlichen Geldes sollten nur für öffentliche Leistungen eingesetzt werden und könnten nach und nach für Projekte der Säule minimiert werden. Dazu gehört auch eine stärkere Förderung der ersten Hektare und ein Ausbau der Förderung von Jungbauern.

- 5. Gibt es in Ihrer Partei Gedanken, wie der mit der Beantragung der Agrargelder verbundene sehr große Bürokratie- und Kontrollaufwand abgebaut werden kann?**

Zu hohe Bürokratie ist ein generelles Problem und daher abgebaut werden. In diesem Fall muss es jedoch eine europäische Lösung geben.

- 6. Welche Überlegungen gibt es in Ihrer Partei, den Erhalt von Agrargeldern zukünftig mit konkret zu benennenden Leistungen der Landwirtschaft für Umwelt-, Natur- und Klimaschutz zu verknüpfen?**

Die Gemeinsame Agrarpolitik muss sich den benannten Punkten klarer widmen und muss sich stärker ökologischer und sozialer Fragen stellen. Wichtig ist, dass diese Neugestaltung nicht zu einem Aufwuchs an Bürokratie führen, deren Umfang jetzt schon problematisch ist.

III. Wahrheit und Klarheit bei der Produktkennzeichnung

- 1. Unterstützt Ihre Partei die Bestrebungen des BDM und seiner Mitglieder für eine klare Produkt- und Herkunftskennzeichnung?**

Ja.

IV. Tierwohl

- 1. Wie soll aus Sicht Ihrer Partei der anvisierte Umbau der Haltungssysteme zu mehr Tierwohl finanziert werden?**

Grundsätzlich liegt der Ball auch hier bei der Brüsseler Agrarpolitik. Innerhalb der Gemeinschaftsaufgabe Agrarstruktur und Küstenschutz (GAK) sollte der Anteil für Stallumbauten auch aus Bundesmitteln deutlich erhöht werden.

- 2. Wie steht Ihre Partei zur Vielzahl der sich auf dem Markt befindlichen Labeln?**

Zu viele Label führen zu einem unübersichtlichen Angebot. Eine klar geregelte gesetzliche Kennzeichnungspflicht würde hier helfen.

- 3. Wie können Milchviehbetriebe, die vor allem in kleinstrukturierten Regionen ihre Rinder noch in Anbindehaltung haben, in ihren Bestrebungen, die Haltungsbedingungen zu verbessern, durch die öffentliche Hand unterstützt werden?**

Wir unterstützen den Umbau bestehender Anbindeställe. Ein Verbot der Anbindehaltung, wie von Schwarz-Grün in Hessen gefordert, lehnen wir jedoch ab. Viele hessische Betriebe wirtschaften in der Anbindehaltung, diese Betriebe würden durch ein Verbot zur Disposition gestellt. Ein solcher Strukturbruch, der gerade die strukturschwachen Gebiete Hessens schwächen würde, muss verhindert werden. Daher müssen die Genehmigungsverfahren entbürokratisiert und die Förderung gestärkt werden.

4. Bedarf es aus Sicht Ihrer Partei eines generellen Verbots der Anbindehaltung?

Die Anbindehaltung ist eine auslaufende Betriebsform. Wir plädieren für vernünftige Übergangszeiträume, die helfen, einen Strukturbruch in der Milchviehhaltung zu verhindern und gleichzeitig, Investitionen in mehr Tierwohl fördert.

V. Novellierung Düngeverordnung

1. Welche Anstrengungen will Ihre Partei unternehmen, die Wiedereinführung der Derogationsregel schnell zu ermöglichen?

Diese Frage sollte auf Bundes- und/oder EU-Ebene geklärt werden.

2. Wie steht Ihre Partei zu der Erweiterung von Ausnahmeregelung bezüglich der Festlegungen zu nach er DVO zu verwendenden Gülleausbringtechnik?

Die neuen Vorgaben der Düngeverordnung sind eine Gefahr für die Tiergesundheit. Besonders bei heißen Tagen kann die Gülle auf den Feldern nicht versickern. Stattdessen trocknet sie an der Oberfläche und konserviert die Schadstoffe, die vom nachwachsenden Gras aufgenommen werden und somit ins Futter kommen. Landwirte, die sich an Recht und Gesetz halten, werden bei der Ernte von verunreinigtem Futter schlimmstenfalls kriminalisiert. Die neuen Vorgaben für Grünlandstandorte sollten solange ausgesetzt werden, bis wissenschaftlich gesichert ist, dass diese die Tiergesundheit nicht beeinträchtigt.

VI. Wolfsproblematik

1. Wie steht Ihre Partei zu der Forderung, Problemwölfe umgehend zu entnehmen?

Die zu erwartende Wiederansiedelung des Wolfs muss Keinem Angst machen. Der Schutz von Mensch und Weidetieren muss allerdings im Mittelpunkt stehen. Auch hier weigert sich das Land, einen Wolfsmanagementplan zu erarbeiten, der konkrete Lösungen bietet. Bei Schäden durch Wölfe sollte das Land die Geschädigten entschädigen.